

menarbeit. (XNA, 16.11.00; SCMP, 18.11.00)

Am 20. November empfing Macaus Regierungschef eine Delegation aus Estland, der die Ständigen Unterstaatssekretäre des Außenministeriums und des Ministeriums für Transport und Verkehr, der Vorstandsvorsitzende und der Generaldirektor der Eisenbahnen Estlands sowie der Präsident und Vizepräsident des Hafens Tallinn angehörten. Die Entwicklung des Handels mit Estland, so Ho, werde eine weitere Brücke für Macaus Zugang nach Europa bilden, außerdem bestünden gute Möglichkeiten zur Zusammenarbeit im Bereich der Informationstechnologie. (Macau Government Information Bureau website, 21.11.00) -ljk-

#### 45 Neuer Polizeichef ernannt

Der Staatsrat der VR China gab am 2. November die Ernennung von José Proença Ló Branco als Chefkommandeur der Polizeikräfte in Macau bekannt. Die Ernennung erfolgte auf die Nominierung Edmund Hos hin. Proença Branco, 1958 in Macau geboren, hat die chinesische Staatsangehörigkeit. Er war im Oktober 1983 als „assistant chief“ zu den Polizeikräften gekommen. An der Macau Security Forces Higher School hat er einen Grad in Polizeiwissenschaften erworben. 1995 wurde er zum Kommandeur der Einheit für Sondereinsätze und im März 1999 zum Kommandeur der Polizei für öffentliche Sicherheit ernannt. In dieser Eigenschaft war er für die Sicherheit der Staatsgäste bei der Rückgabe Macaus an China im Dezember 1999 zuständig. (Macau Government Information Bureau website, 2.11.00; XNA, 3.11.00) -ljk-

---

## Taiwan

---

#### 46 Gärende Staatskrise: ein Hornberger Schießen?

Die Staatskrise, die der Beschluss der Regierung zum Baustopp des vierten Atomkraftwerks ausgelöst hatte, setzte sich im November fort. Nach anfänglicher Absprache der Oppositions-

parteien, ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten einzuleiten, zeichnete sich in der zweiten Monatshälfte jedoch ab, dass es dazu nicht kommen wird.

Der Zorn der atomkraftfreundlichen Opposition, Versuche des Präsidenten, die Wogen zu glätten, sowie Proteste von Atomkraftgegnern waren im November die dominierenden Themen in Taiwan. (Vgl. C.a., 2000/10, Ü 43) Einen ersten Höhepunkt erlebte die Konfrontation zwischen Regierung und Opposition am 7.11., als das Parlament mit der Mehrheit der Oppositionsparteien ein Gesetz verabschiedete, das die Regularien für die geplante Abstimmung zur Amtsenthebung spezifizierte, dabei unter anderem die Möglichkeit der geheimen Stimmabgabe ausschloss und so die Fraktionsdisziplin für die Abgeordneten verschärfte. Zwei Tage zuvor hatte Präsident Chen Shui-bian den Vorsitzenden der Nationalen Volkspartei KMT, Lien Chan (Lian Zhan), in einer Fernsehansprache öffentlich um Entschuldigung dafür gebeten, dass die Verkündung des AKW-Baustopps nur eine halbe Stunde erfolgt war, nachdem er sich mit Lien in einem Gipfeltreffen über die Atomkraftpolitik unterhalten, den damals bereits feststehenden Beschluss zum Nicht-Weiterbau des neuen AKW jedoch verschwiegen hatte. Chens Vorgehen wurde allgemein als stillos und für Lien erniedrigend empfunden.

Ernst schien es für Präsident Chen dann am 11.11. zu werden, als sich die Vorsitzenden der drei Oppositionsparteien trafen und ihre Entschlossenheit bekundeten, gegen Chen und seine Regierung vorzugehen. Als Begründung wurden zehn Beispiele von „Missmanagement“ genannt, die sich Chen in den ersten fünfzehn Monaten seiner Amtszeit habe zuschulden kommen lassen, darunter die Verschlechterung des Investitionsklimas, die anhaltende Aktienbaisse und Missachtung der Legislative. Die Regierung hatte tags zuvor bekannt gegeben, dass sie sich hinsichtlich der Frage, ob sie die Freiheit habe, vom Parlament beschlossene Ausgaben - hier: zum Bau des vierten AKW - nicht zu tätigen, ein Rechtsgutachten beim obersten Gerichtshof beantragt habe. In einer zusätzlichen Geste des Entgegenkommens erklärte Präsident Chen

wenige Tage später, er sei offen für nötige Verfassungsänderungen, zu denen er die Vorschläge der Opposition hören wolle. Oppositionsführer Lien Chan wies das Angebot als Ablenkungsmanöver zurück.

Während Chen und seine Regierung gegenüber der in Zorn entbrannten Opposition, die nahezu zwei Drittel der Stimmen im Parlament auf sich vereint, keine echte Chance hat, den Machtkampf für sich zu entscheiden, zeichnete sich in der zweiten Monatshälfte doch ab, dass es zum Schlimmsten kaum kommen wird. Die Tatsache, dass am 12. November mehr als 100.000 Atomkraftgegner zur Unterstützung Chens auf die Straße gingen, ist hierbei weniger von Belang als der Umstand, dass die Bevölkerung eine Amtsenthebung des Präsidenten mehrheitlich ablehnt. Auch wenn eine von der Regierungspartei DPP in Auftrag gegebene Umfrage in ihren Ergebnissen tendenziös sein mag - demnach votierten nur 14% der Befragten für eine Amtsenthebung, 60% waren dagegen -, bestätigten andere Umfragen, dass das geplante Vorgehen der Opposition gegen die Regierung unter den Wählern wenig Unterstützung findet. Führende Wirtschaftsvertreter, die kaum als Parteigänger des Präsidenten gelten können, appellierten ausdrücklich an die Opposition, ihren Plan, Chen zu stürzen, nicht weiter zu verfolgen.

Vor allem kommt Chen zugute, dass die KMT den nächstliegenden Schritt nicht tun mag, nämlich ein Misstrauensvotum gegen den Premier einzuleiten. Der Erfolg eines solchen Antrags wäre ihr zwar rechnerisch sicher, doch fürchtet sie die Folge: die Auflösung des Parlaments und vorgezogene Neuwahlen, bei der sie unausweichlich ihre bisherige Mehrheit verlieren würde. Aber auch bei einem Amtsenthebungsverfahren wäre der Ausgang ungewiss, da darüber im letzten Schritt des langen und kostspieligen Verfahrens das Wahlvolk entscheiden müsste. Nach einer von der KMT in Auftrag gegebenen Umfrage sind mittlerweile zwar 48% der Befragten mit dem Präsidenten unzufrieden, die Zustimmungquote liegt mit 42,8% jedoch noch immer höher als der Prozentsatz, mit dem Chen im März in sein Amt gewählt wurde. Ende des Monats rückte die kleinere PFP, ohne deren Unter-

stützung ein Amtsenthebungsverfahren ohnehin nicht möglich wäre, denn auch bereits deutlich von ihrem Beschluss ab, hierbei mitzuziehen.

Die Staatskrise wird also wohl ausgehen wie das Hornberger Schießen. Was bleibt, ist jedoch kaum weniger ernst: Die Konfrontation zwischen Regierung und Opposition wird wichtige politische Entscheidungen weiterhin blockieren oder zu Resultaten führen, die so niemand gewollt hat und die unsinnig sind. Deutlich wurde dies bereits bei der Abstimmung über den vom Legislativ-Yuan (Parlament) mehrfach zurückgewiesenen Etatentwurf für das kommende Jahr. Nötig wären grundlegende Verfassungsreformen - beispielsweise einheitliche Wahlen von Präsident und Parlament am selben Tag -, doch derlei ist in der aktuellen Krise nicht einmal zur Sprache gekommen. (CNAT, 10.11., nach SWB, 13.11.2000, 11.11., nach SWB, 13.11.2000, 20.11., nach SWB, 21.11.2000, 29.11., nach FBIS, 29.11.2000, 30.11., nach FBIS, 30.11.2000; CP, 6.11.2000, 9.11.2000, 14.11.2000; SCMP, 7.11.2000, 13.11.2000; FAZ, 13.11.2000; <http://interactive.wsj.com>, 24.11.2000) -hws-

#### 47 Droht Taiwan eine Finanzkrise? - Regierung versucht, dramatische Aktienbaisse aufzuhalten

Die angesehene Zeitschrift *The Economist* erwartet in Taiwan eine Finanzkrise noch vor dem nächsten Frühlingsfest. Der Finanzminister verkündete Maßnahmen gegen eine mindestens potenziell als gefährlich angesehene Situation auf dem Finanzmarkt.

In ihrer Ausgabe vom 11. November befasste sich die angesehene britische Wochenschrift *The Economist* mit den Krisenerscheinungen in Taiwan. Darin wurde das Zusammentreffen folgender Phänomene als bedrohlich gewertet:

- Firmen und Konzerne in Taiwan hätten Probleme, ihre Schulden zu bedienen; die Zahl notleidender Kredite steige weiter;
- Aktien und Immobilienpreise seien dramatisch gesunken, letztere seit 1995 in vielen Regionen um die Hälfte, erstere seit März 2000 um 35%;

- Darlehen seien oft in Aktien oder Immobilien abgesichert.

Da in China traditionell zum Frühlingsfest Schulden zurückzahlen seien - so die Schlussfolgerung - könne Taiwan womöglich schon im Januar in eine Finanzkrise geraten, indem das Finanzsystem unter den Druck beunruhigend steigender notleidender Kredite in einen Liquiditätseingpass gerate.

Da in Taiwan angesichts der im internationalen Vergleich überproportionalen Kursverluste an der Aktienbörse ohnehin eine gespannte Stimmung herrscht, wurden von den Medien sogleich Parallelen zur asiatischen Finanzkrise der Jahre 1997 und 1998 gezogen: Sollte die Asienkrise Taiwan nun doch noch ereilen, nachdem das Größte längst überstanden war?

Finanzminister Yen Ching-chang (Yan Qingzhang), Vertreter der Zentralbank und andere beeilten sich zu erklären, dass sich Taiwan nach wie vor auf der sicheren Seite befinde, und verwiesen dabei auf einige klare Fakten:

- Taiwans Exporte sind dramatisch gestiegen, von Januar bis Oktober des Jahres allein um 24,8% gegenüber dem Vorjahreszeitraum;
- Taiwan hat eine positive Zahlungsbilanz;
- Taiwan hat eine geringe Außenverschuldung;
- Taiwans Devisenreserven liegen deutlich höher und betragen Ende Oktober 109 Mrd. US\$;
- die notleidenden Kredite belaufen sich auf 5,49% der gesamten Darlehenssumme, ein noch nicht bedrohlicher Wert;
- die durchschnittlichen Nettoerträge der Banken lagen in der ersten Hälfte dieses Jahres bei 8,89%, eine Zunahme gegenüber den 5,87% im Jahr 1999;
- das Jahreswirtschaftswachstum lag in den letzten Jahren im Schnitt bei über 6%.

Perng Fai-nan (Peng Huainan), der Direktor der Zentralbank, fügte auf einem APEC-Gipfeltreffen in Brunei, wo er Taiwan vertrat, hinzu, er könne garantieren, dass es zu keiner Währungskrise käme.

Auch wenn wegen der hohen Währungsreserven und der günstigen Zahlungsbilanz die vom *Economist* verbreitete Warnung übertrieben erscheinen muss, ist doch nicht zu übersehen, dass die günstigen Wirtschafts- und Finanzdaten, auf die die Vertreter von Regierung und Zentralbank hinwiesen, wenig über die Zukunft aussagen. Sie vermochten die besonders am Aktienmarkt herrschende Nervosität denn auch nicht zu dämpfen, umso weniger, als sich andere ausländische Stimmen dem *Economist* anschlossen, namentlich die Analysten der japanischen Nomura Securities sowie später die US-Zeitschrift *Business Week*. Mit dem Aktienindex Taiex ging es entsprechend weiter bergab: Er fiel am 21. November auf unter 4.845 Punkte, den tiefsten Stand seit dem 13. März 1996, ein Minus von über 50% seit den Höchstständen im Februar und von 45,1% seit dem Amtsantritt von Präsident Chen am 20. Mai. Auch der Neue Taiwan-Dollar zeigte sich schwach: Am 30.11. erreichte er den tiefsten Wert des Jahres (weniger als 1/33 US\$). Analysten der Hong Kong and Shanghai Banking Corporation prognostizierten zum Jahresende einen weiteren Wertverlust bis auf 33,5 NT\$ pro US\$.

Auch wenn ein Teil des Pessimismus von Marktteilnehmern bzw. des zweckgerichteten Optimismus von Politikern in Taiwan mit der Situation auf den internationalen Finanzmärkten und insbesondere mit dem fallenden Nasdaq-Index zu tun hat, ist doch nicht zu übersehen, dass Taiwans Regierung angesichts der Blockadepolitik des Parlaments derzeit nur eingeschränkt handlungsfähig ist. Dies könnte sich in einer verschärfenden Finanzlage als entscheidender Nachteil herausstellen, erwies sich jedenfalls schon im November für die Psychologie der Anleger als Gift. Die *Financial Times* nannte die taiwanische Reaktion auf den Artikel im *Economist* „almost hysterical“ (FT, 17.11.2000). Unterstützt wurde die Skepsis sogar aus den Reihen der Regierungspartei DPP: Einer ihrer Abgeordneten wies darauf hin, dass der Prozentsatz nicht einbringbarer Kredite möglicherweise schon jetzt oberhalb des kritischen Werts von 15% liege. Analysten sprechen von 9 bis 12%. Professor Norman Yin von der Chengchi-Universität un-

terstützte die warnenden Stimmen: Liquiditätsengpässe im Vorfeld des chinesischen Neujahrs- oder Frühlingsfestes würden viele lokale Firmen in den Bankrott treiben.

Trotz öffentlich verbreiteter Zuversicht sieht sich auch die Regierung unter Handlungsdruck. Bereits Anfang Mai hatte der Amtsvorgänger von Finanzminister Yen seinen Hut nehmen müssen. Auch Präsident Chen „macht sich in hohem Maße Sorgen über die derzeitige Finanzlage“, erklärte Yen am 21.11., als er ein Maßnahmenpaket vorstellte, das vor allem zur Stabilisierung des Aktienmarktes beitragen soll. Demnach

- dürfen Banken in Zukunft bis zu 25% statt bisher 20% ihres Nettowertes in Aktien investieren,
- dürfen institutionelle Investoren aus dem Ausland außer in „speziellen Branchen“ wie der Telekommunikation taiwanische Firmen in Zukunft auch zu 100 statt bislang zu 75 Prozent übernehmen,
- soll ein Gesetz verabschiedet werden, das den Zusammenschluss von Geldinstituten erleichtert,
- soll ein 450 Mrd. NT\$ starkes Programm aufgelegt werden, durch das traditionelle Industrie- und Kleinbetriebe Geschäftsdarlehen zu bevorzugten Konditionen erhalten können.

Wirtschaftsexperten erachteten freilich gerade die letztgenannte Maßnahme als gefährlich, da sie dazu führe, marode Betriebe mit Staatshilfe künstlich am Leben zu halten - der schließliche Zusammenbruch werde dadurch nicht aufgehoben, sondern nur noch schmerzlicher.

Mindestens ein für die Konsolidierung des Bankensektors wichtiger Schritt wurde noch im November getan: Das Parlament verabschiedete am 24.11. das erwähnte Gesetz zur Erleichterung von Bankfusionen. (CNAT, 11.11., nach SWB, 8.11. 2000; CP, 14.11., 17.11., 21.11., SCMP, 13.11., 15.11., 20.-22.11. 2000; <http://interactive.wsj.com>, 24.11.2000; [www.taiwanheadlines.com](http://www.taiwanheadlines.com), 8.12.2000) -hws-

#### 48 Taifun fordert über 80 Tote

Ein besonders regenreicher Taifun überraschte Taiwan noch nach dem Ende der eigentlichen Taifunsaison, richtete erhebliche Schäden in der Landwirtschaft an und forderte mindestens 80 Todesopfer.

Nachdem Taiwan bereits im August des Jahres von Taifun Bilis heimgesucht worden war (vgl. C.a., 2000/8, Ü 36), traf es die Insel noch härter, als in der Nacht vom 31.10. auf den 1.11. Taifun Xangsane mit unvorhergesehenen Regenmassen über die Insel hereinbrach. In mindestens 117.000 Haushalten (nach anderer Quelle: in über 149.000 Haushalten) fiel der Strom aus - großenteils für mehrere Tage -, und noch am 2. November waren 90.000 Haushalte ohne Wasser. Bis zum 5. November wurden 61 Todesopfer gezählt; weitere 28 wurden noch vermisst. Die Schäden in der Landwirtschaft wurden auf 3,6 Mrd. NT\$ (129 Mio. Euro) geschätzt.

Am stärksten betroffen war der Norden und hier wiederum die Hafenstadt Keelung (Jilong). Dort waren die meisten Todesopfer zu beklagen. Der größte Teil von ihnen war ertrunken, meist in plötzlich überfluteten Untergeschossen von Häusern. Erdbeben unterbrochen von Keelung ausgehende Eisenbahnstrecken. Auch Straßen wurden durch Schlammlawinen unpassierbar. In der Hauptstadt selbst verursachte Xangsane die schlimmsten Überschwemmungen seit zehn Jahren. Wegen der Schäden in der Landwirtschaft - hier vor allem in den Regionen Taipei, Taichung und Hualien - kam es bei den Gemüsepreisen zu einem vorübergehenden Anstieg von 50%.

Kritik wurde vor allem an der mangelnden Vorhersage laut. Der Taifun selbst kam zwar nicht überraschend, vor den außerordentlichen Niederschlagsmengen jedoch sei nicht ausreichend gewarnt worden, hieß es. Tatsächlich erwiesen sich die Wassermassen als erheblich problematischer als die mit Böen bis zu 155 km/h für einen Taifun nicht ungewöhnlich hohen Windgeschwindigkeiten. Anlass zur Beunruhigung gab auch, dass Xangsane rund einen Monat nach dem üblichen Ende der Taifunsaison über die Insel hereinbrach - möglicherweise eine Folge der globalen Klimaerwär-

mung. (CNAT, 3.11.2000, nach SWB, 4.11.2000; SCMP, 3.11.2000; CP, 2.-7.11.2000) -hws-

#### 49 Neue Zahlen zu HIV-Infektionen

Neue Zahlen zur Verbreitung des HIV-Virus auf der Insel: erstmals über 3.000 nachweislich Infizierte.

Das taiwanische Seuchenkontrollzentrum gab im November neue Zahlen zur Verbreitung des HIV-Virus bekannt, das die tödliche Immunschwäche Aids auslöst. Demnach wurde die Zahl der Infizierten Mitte des Monats mit 3.025 angegeben, ein neuer Höchstwert, der erstmals über der Marke von 3.000 lag. Ende des Monats wurden 3.160 Infizierte gezählt. Das Seuchenkontrollzentrum geht allerdings von einer erheblichen Dunkelziffer aus und vermutet, dass die Zahl der Infizierten ein Mehrfaches beträgt; genannt wurde das Fünf- bis Zehnfache, also 15.000 bis 30.000 Personen.

Von den 3.160 bekannten Personen waren 2.880 taiwanischer Staatsangehörigkeit. 990 Personen waren an Aids erkrankt. Weitere 654 Personen waren an der Seuche gestorben. Wie Vertreter des Seuchenkontrollzentrums erklärten, habe die Zahl der Infizierten seit Anfang des Jahres um 440 zugenommen; für das ganze Jahr 2000 werde ein Zuwachs von 500 Infizierten erwartet. Demnach ergebe sich für die Verbreitung des Virus in den letzten drei Jahren eine jährliche Zunahme von 20%. Der Direktor des Seuchenkontrollzentrums sah gleichwohl „Anzeichen einer Verlangsamung“, ohne freilich zu erläutern, worin diese Anzeichen bestünden.

Die weit überwiegende Zahl der Infizierten sind Männer; Frauen machen weniger als ein Zwölftel aus. Von den Männern hatten 45,4% ausschließlich heterosexuellen Geschlechtsverkehr; 31,2% werden als homosexuell und 15,6% als bisexuell angegeben. Seit 1992 übertrifft die Zahl der heterosexuellen HIV-Träger die Zahl der homosexuellen.

Zur Eindämmung der Seuche setzt das Seuchenkontrollzentrum auf verstärkte Aufklärung vor allem unter den Männern, die sich ihrer Verantwortung gegenüber den Frauen stel-

len müssten. (CP, 15.11.2000 und 1.12.2000; CNAT, 30.11.2000, nach FBIS, 30.11.2000) -hws-

## 50 Taiwan lässt Journalisten aus der VR China ins Land

Taiwan gestattet Journalisten aus der VR China neuerdings eine regelmäßige Berichterstattung von der Insel. Einstweilen bleiben jedoch Beschränkungen in Kraft.

Wie die taiwanische Regierung am 10.11. bekannt gab, können Medienorgane aus der VR China ab sofort je bis zu zwei Journalisten in Taiwan stationieren. Dabei wird der Aufenthalt pro Person jedoch auf einen Monat beschränkt bleiben. Eine weitere Liberalisierung in der Zukunft werde von Verhandlungen mit der Gegenseite abhängen, hieß es. Die Nachrichtenagentur Xinhua kündigte daraufhin an, ein Büro in Taiwan eröffnen zu wollen. Die ersten zwei Xinhua-Vertreter wurden am 23.11. in Taiwan akkreditiert.

Der von chinesischer Seite zwar begrüßte, aber als zu zaghaft kritisierte Schritt soll nach taiwanischer Auffassung zum besseren Verständnis zwischen beiden Seiten beitragen. Er geht faktisch über den Charakter einer Geste guten Willens wenig hinaus, da eine Berichterstattung aus Taiwan für VR-Journalisten auch in der Vergangenheit schon möglich war. Laut taiwanischen Regierungsangaben wurden seit 1990 6.236 Besuche von festländischen Journalisten registriert; von diesen seien allerdings nur 5,1% (entsprechend 318) offizielle Aufenthalte mit dem Ziel der Berichterstattung gewesen. (CNAT, 10.11., nach SWB, 13.11.2000, 23.11., nach SWSB, 25.11.2000; SCMP, 11.11.2000; CP, 11.11.2000) -hws-